

Axel Vogel

Rede zur 2. Lesung des Haushaltsplans 2012, 14.12.2011

– es gilt das gesprochene Wort! -

Sehr geehrter Herr Präsident,  
liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

in Vorbereitung dieser Haushaltsdebatte habe ich mir das Protokoll der letztjährigen Plenardebatte zur 2. Lesung vorgenommen. Ein böser Fehler, weil sich herausstellte, dass ich große Teile meiner damaligen Rede mit kleinen Änderungen am Zahlenmaterial genauso halten könnte wie vor einem Jahr.

Unsere Änderungsanträge wurden wie schon im Vorjahr allesamt abgelehnt, wobei dieses Mal im Bildungsbereich jedoch einige wenige unserer Anträge - für unseren Geschmack allerdings viel zu wenige - in Form von Koalitionsanträgen fröhlich Wiederauferstehung feiern konnten. Diesen Änderungsanträgen haben wir auch gern zugestimmt, an der Gesamtschätzung dieses Haushaltes ändert das allerdings wenig.

Hatten wir beim Haushalt 2011 noch den Eindruck, dass der Fortschritt eine Schnecke ist, dass die Regierung sich zwar prinzipiell in die richtige Richtung (Stichworte: Haushaltskonsolidierung, Umstellung der Wirtschaftsförderung von verlorenen Zuschüssen auf Kredite und Bürgschaften) aufgemacht hatte, der Regierung der Mut zum großen Wurf allerdings abging, so müssen wir jetzt konstatieren, dass der Rückwärtsgang eingelegt wurde.

Dabei wären die für 2012 vorliegenden Zahlen geeignet gewesen jetzt einen großen Schritt in Richtung Nettoneuverschuldung von Null zu machen.

Wenn Herr Markov nicht Helmuth heißen würde, müsste man eigentlich von „Hans im Glück“ sprechen. Gegenüber dem Haushaltsplan 2011 ergaben sich schon nach den Zahlen

des Haushaltsentwurfs 2012 Mehreinnahmen aus Steuern, Fehlbetrags-BEZ und LFA von 472 Millionen Euro. Besonderes Glück hat er mit den unerwarteten Steuermehreinnahmen nach der November-Steuerschätzung in Höhe von noch einmal 137 Mio Euro, so dass der beschlossene Haushalt 2012 wohl über 609,4 Millionen Euro Mehreinnahmen aus Steuern und dem Länderfinanzausgleich einplanen wird als der Vorgängerhaushalt. Außerdem enthalten diese Prognosen die markovschen Sicherheitsabschläge. In diesem Jahr summieren sich diese auf 82 Millionen Euro.

Die Verwendung dieses warmen Einnahmeregens ist jedoch ein absolute Fehlleistung: kein einziger Euro soll in die Senkung der Nettokreditaufnahme fließen. Dem schlechten Beispiel Bayerns folgend werden stattdessen Rücklagen in dreistelliger Millionenhöhe aufrecht erhalten um in Zukunft die verfassungsrechtliche Schuldenbremse aushebeln zu können. Dies ist eine Form der Ost-West-Angleichung, die wir – wie auch der Landesrechnungshof - keinesfalls gutheißen können.

Statt den vorjährigen Druck zur Haushaltskonsolidierung aufrecht zu erhalten, wurde die gute Einnahmesituation genutzt, um die Zügel schleifen zu lassen, einzelne Haushaltstitel über den Bedarf hinaus aufzupumpen und sich beispielsweise mit der Bildung einer Polizeisportgruppe ein neues Hobby zu gönnen. Waren in den MFP 2009 und 2010 für 2012 noch Gesamtausgaben in Höhe von rund 9,7 Mrd Euro geplant, so schlagen jetzt rund 10,2 Mrd Euro zu Buche. Gleichzeitig sollen 270 Mio neue Schulden aufgenommen werden. Wie vielfach bereits dargestellt, ist Brandenburg damit das einzige ostdeutsche Bundesland, dass 2012 noch mit einer Nettokreditaufnahme plant.

Leider ist es bei unserer letztjährigen Erfahrung geblieben, dass wir es mit unseren Einsparvorschlägen hin und her wenden können wie wir wollen, wir stoßen damit auf keine Gegenliebe. Das gilt selbst dann, wenn der Landesrechnungshof unsere Sicht der Dinge bestätigt wie bei der kreditfinanzierten Bildung von Versorgungsrücklagen. Rücklagen die übrigens in zweistelliger Millionenhöhe in Anleihen ausländischen Banken angelegt sind, von denen eine, die französische Bank BNP Paribas laut SZ vom 03.12. durch die aktuelle

Eurokrise besonders hart getroffen und ins Schlingern geraten ist. Darüber wird aber noch bei der Beratung des Einzelplan 20 zu reden sein.

Aber ich wage jetzt einmal eine mutige Prognose: so wie jedes Jahr wird sich auch am Ende des Jahres 2012 wieder herausgestellt haben (Futurum II), dass sich das Finanzministerium um mehrere 100 Millionen Euro verrechnet hat. Am Ende des Jahres 2012 werden die Investitionsausgaben wieder um 10 Prozent unter den Haushaltsansätzen geblieben sein, die Personalausgaben im zweistelligen Millionenbereich unterschritten werden und werden die Rücklagen in neue Dimensionen vorstoßen. Am Ende des Jahres 2012 könnte der Haushaltsplan mit einer schwarzen Null abgeschlossen werden und trotzdem wird der Finanzminister seine Kreditermächtigungen nutzen wollen um damit seine Rücklagen für zukünftige Zeiten aufzustocken. Ich sage jetzt bewusst nicht: „für schlechtere Zeiten“, womöglich dient dieser Rücklagenaufbau auch nur dazu, im Wahljahr die Spendierhosen anziehen zu können.

Bedauerlich ist es für uns aber auch, dass Rot-Rot in den für die Zukunftsgestaltung unseres Landes wesentlichen Politikfeldern Bildung, Hochschule und Umwelt die falschen Weichen stellt. So sollen die Hochschulen unverändert 12 Millionen Euro Globale Minderausgaben in ihren Budgets erwirtschaften. Als Ablehnungsgrund für unseren Antrag, diese Einsparauflage in den Bereich des Straßenwesens zu verlagern, wurde im Haushaltsausschuss frank und frei eingeräumt, dass die an den Hochschulen weit verbreiteten befristeten und ungesicherten Beschäftigungsverhältnisse relativ leicht dem Rotstift zum Opfer fallen können, wohingegen die Umsetzung von MitarbeiterInnen aus der bekanntermaßen überbesetzten Straßenbauverwaltung unmöglich erscheine. Soviel zum Thema Prioritätensetzung einer Regierung, die für sich in Anspruch nimmt, in die Köpfe und nicht in Beton investieren zu wollen. Über den rücksichtslosen Griff in die Taschen der freien Schulen wird bei den weiteren Beratungen genauso zu reden sein wie über die Geschenke an Vattenfall bei der Berechnung des Wassernutzungsentgelts. Wie im letzten Jahr haben wir auch dieses Jahr die Ergebnisse der Beratungen in den Ausschüssen ernst genommen und stellen nur einige wenige exemplarische Anträge von besonderer politischer Bedeutung hier im Plenum erneut zur Abstimmung.

Einer ist der Ihnen zum Einzelplan des Landtags vorliegende Antrag auf Schaffung dreier zusätzlicher Stellen für die Landesdatenschutzbeauftragte.

Die bereits im Vorjahr beklagte mangelhafte Ausstattung der Datenschutzbeauftragten hat sich mit der Ablehnung unseres damaligen Antrages auf Personalaufstockung nicht erledigt. Im Gegenteil: die LDA ist mit einem kontinuierlichen Zuwachs an Zuständigkeiten konfrontiert (Zensus, Renten- und Krankenversicherungen, gemeinsame obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg). Wäre die LDA bei einem Ministerium angegliedert, hätte die zuständige Ministerin alle Möglichkeiten durch Personalumschichtungen innerhalb ihres Hauses die notwendigen Personalverstärkungen ohne Befassung des Landtags zu vollziehen.

Es kann und darf nicht sein, dass die zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit erforderliche unabdingbare Angliederung der LDA an den Landtag dazu führt, dass deren Aufgabenbereich ausblutet, da eine Personalumschichtung aus dem Personalkörper des Landtags oder gar der gleichfalls dem Landtag zugeordneten Aufarbeitungsbeauftragten nicht in Betracht kommt.

Da der legislative Landtag nicht der exekutiven Landesverwaltung zugeordnet ist, kommt in diesem besonderen Fall tatsächlich nur die Neuausbringung von Stellen in Frage. Selbstverständlich kann die Deckung auch durch eine dauerhafte Stellenstreichung in einer Landesbehörde erwirtschaftet werden, aber mit einem solchen Versuch waren wir bereits 2011 gescheitert und haben deshalb andere Deckungsquellen vorgeschlagen.

Inzwischen sind wir auch hier dabei trotz der allseits immer wieder behaupteten besonderen Bedeutung des Datenschutzes die rote Laterne unter den Bundesländern zu übernehmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Linke, auch wenn rot-rot Ihre Lieblingsfarben sind, die rote Laterne sollten Sie trotzdem nicht zu ihrem Lieblingsfetisch erklären.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Brandenburger Landtag



Beim Datenschutz genauso wenig wie bei der Bildung.